

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Kerstin Celina

Abg. Andreas Jäckel

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Ulrich Singer

Abg. Susann Enders

Abg. Doris Rauscher

Abg. Julika Sandt

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Änderung des Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetzes und des Bayerischen E-Government-Gesetzes

Barrierefreiheitsgesetz für Bayern (Drs. 18/23524)

- Zweite Lesung -

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach Festlegung des Ältestenrats 32 Minuten. – Ich erteile als Erstes der Kollegin Celina für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Kerstin Celina (GRÜNE): "Bayern barrierefrei 2023" – dieses vollmundige Versprechen des CSU-Ministerpräsidenten vor zehn Jahren ist krachend verfehlt worden, und Sie sind krachend damit gescheitert, genauso übrigens wie bei den meisten anderen Ihrer Ankündigungen. Wir hatten gerade den Wohnungsbau: 10.000 Wohnungen versprochen, 234 gekauft und nicht gebaut, 30.000 davon vorher verkauft. Sie kündigen große Ziele an und liefern dann nicht. Das ist die CSU-Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben vor zehn Jahren "Bayern barrierefrei" angekündigt und wissen bis heute noch nicht einmal, wie viele Bushaltestellen im Freistaat barrierefrei sind oder eben nicht barrierefrei sind.

Und genau das ist doch der springende Punkt: Um ein großes Versprechen umzusetzen, braucht man kleinere Zwischenziele, die überwacht werden müssen. Das nennt man Monitoring. Das haben Sie bei "Bayern barrierefrei" nie durch eine unabhängige Stelle zur Umsetzung Ihres selbstgesteckten Ziels transparent und öffentlich gemacht. Das ist doch einer der Gründe, weshalb die Barrierefreiheit in Bayern nur im Schnecken-tempo vorankommt.

Wir GRÜNE wollen das mit unserem Gesetzentwurf ändern. Wir wollen Barrierefreiheit als großes Ziel in kleine Zwischenschritte packen und deren Zielerreichung prüfen. Hätten Sie zum Beispiel 2013 die Bushaltestellen im Freistaat zusammengezählt und als Ziel ausgegeben, jedes Jahr soundso viele barrierefrei zu machen, dann wäre das eine klare Sache gewesen. Dann wären wir heute wesentlich weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sind aber ohne Plan da reingestolpert. Deswegen ist das Gesamtergebnis so bescheiden. Nach zehn Jahren war die Frage der barrierefreien Bushaltestellen in Bayern immer noch nicht beantwortet. Aber Sie können doch keine Probleme lösen, die Sie nicht einmal erkennen.

In unserem Gesetzentwurf fordern wir darüber hinaus, Fach- und Beratungskompetenzen aufzubauen und zu nutzen sowie eine Landesfachstelle einzurichten, die sich um das Thema Barrierefreiheit kümmert und ihr Wissen weitergibt an Menschen, die vorankommen wollen mit Barrierefreiheit in ihrer Region. Eine Landesfachstelle wäre ein klares Zeichen gewesen, dass Sie als CSU Barrierefreiheit als Ziel ernst nehmen.

In Bayern gibt es eine Landesfachstelle für das öffentliche Bibliothekswesen. Die bekommt Geld von uns. Das ist prima. Die kümmert sich um den Aufbau und die Entwicklung der öffentlichen Bibliotheken. – Aber wo ist denn die Landesfachstelle für Barrierefreiheit, die sich kümmert? – Die gibt es nicht. Die haben Sie in der CSU nicht gewollt. In Sachsen-Anhalt gibt es so eine Landesfachstelle für Barrierefreiheit. Und von wegen, Bayern sei überall vorne dran! Ihre muskelprotzenden "Bayern ist immer an erster Stelle"-Reden kann ich nicht mehr hören!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Barrierefreiheit umzusetzen ist übrigens nicht immer ein Riesending. Da würden Zeit, Engagement und Fachkenntnisse schon helfen, vor Ort zu praktikablen Lösungen zu kommen, wenn man miteinander spricht und wenn verhärtete Fronten abgebaut wer-

den können. Das ist die Aufgabe einer Schlichtungsstelle. Auf Bundesebene gibt es so etwas. Der Bund ist wieder vorne dran. In Bayern wollen wir das auch. Aber Sie sind wieder einmal dagegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bessere Regelungen für mehr Barrierefreiheit bei der Kommunikation von Bürgerinnen und Bürgern mit dem Staat und umgekehrt sind uns GRÜNEN wichtig, Ihnen aber weniger.

Bestes Beispiel: die Impfkampagne. Die Kommunikation, die Infos zum Thema "Corona und Impfen" auch für gehörlose Menschen in Gebärdensprache zeitgleich umzusetzen, hat in den ganzen drei Jahren nie funktioniert, im Jahr sieben von "Bayern barrierefrei". Bis die Infos in Gebärdensprache veröffentlicht wurden, waren schon drei weitere Verordnungen in Schriftsprache erlassen und veröffentlicht worden. Es gab kein standardisiertes Angebot, einen Online-Übersetzungsdienst in Impfzentren zu nutzen. Vielleicht lag es ja am mangelnden Datennetz in Bayern, ich weiß es nicht. Aber egal, woran es lag: Sie haben selbst bei der Impfkampagne gezeigt, dass eine klare Lücke klafft zwischen dem, was Sie 2013 versprochen haben, und dem, was Sie umgesetzt haben.

Wir GRÜNE wollen das ändern. Wir wollen, dass zum Beispiel Menschen mit kognitiver Einschränkung ein Recht darauf haben, Bescheide in Leichter Sprache zu bekommen. Sie in der CSU und bei den FREIEN WÄHLERN beschließen "Leicht verständliche Sprache". Aber das ist doch nur ein verwässertes Wischiwaschi. Das ist doch nicht konkret geregelt. Rheinland-Pfalz kann es doch auch! Warum hinkt Bayern wieder hinterher?

Die Ausstattung und die Stelle des Behindertenbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung wollen wir in Zukunft ebenfalls verbessern. Denn jetzt ist es so: Wenn der Behindertenbeauftragte krank wird oder in Urlaub ist, dann gibt es niemanden, der ihn vertreten kann. Jeder Behördenleiter hat eine Vertretung. Selbst der Ministerpräsident

hat eine Vertretung, selbst wenn er von seiner Vertretung meistens wahrscheinlich nicht vertreten werden will. Warum verweigern Sie dem Behindertenbeauftragten und uns diese simple Regelung? Eine konkrete Antwort darauf habe ich bei der Debatte im Ausschuss nie gehört. Vielleicht kommt sie ja heute. Gelegenheit dazu haben Sie jedenfalls jetzt.

Fakt ist: Sie hatten zehn Jahre lang nicht den Mut, mal klare Regelungen für mehr Barrierefreiheit zu machen. Sie hatten auch nicht den Mut, neue Software für Ihre eigenen Programme in den Behörden barrierefrei entwickeln zu lassen. Aber genau damit hätte man in einem Aufwasch gute Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen schaffen können, und es gäbe mehr Bewerberinnen und Bewerber um offene Stellen. Aber das verwässerte Wischiwaschi und Ausnahmeregelungen zu beschließen war der leichtere Weg. Den sind Sie gegangen auf Kosten der Barrierefreiheit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, eine Sekunde noch. – Okay, ich habe gemeint, es wäre eine Zwischenbemerkung. Aber das ist wohl eine Fehlmeldung.

Kerstin Celina (GRÜNE): Traut sich keiner?

Präsidentin Ilse Aigner: Weiß ich nicht. Auf alle Fälle will ich, bevor der nächste Redner, Andreas Jäckel, das Wort bekommt, darauf hinweisen, dass die SPD-Fraktion für den nächsten Tagesordnungspunkt 4 namentliche Abstimmung beantragt hat. – Und nun der Kollege Jäckel für die CSU-Fraktion.

Andreas Jäckel (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Wir haben das Gesetz in der Ersten Lesung hier gehabt, und wir haben es in den Ausschüssen besprochen. Ich möchte jetzt die Redezeit nutzen, um das Thema ein bisschen auszuweiten; denn Ihr Gesetzentwurf ist gut und schlecht zugleich.

Er ist deswegen gut, weil wir so das Thema diskutieren. Es ist wichtig, dass wir dieses Thema diskutieren, weil es eben immer wieder möglicherweise in Vergessenheit gerät oder an den Rand rutscht angesichts anderer, angeblich so wichtiger Themen. Deswegen finde ich es gut.

Aber ich finde schlecht, was Sie hier gesagt haben und was das Gesetz letztlich beinhaltet. Ich will Ihnen das an zwei Beispielen, die ich bei mir in meinem Stimmkreis selber beurteilen kann, erzählen und erklären: Wir haben in Augsburg einen Bahnhof, der bis zum heutigen Tag nicht barrierefrei ist; Barrierefreiheit wird in diesem oder im nächsten Jahr dann endlich mit Rolltreppen und Aufzügen umgesetzt. Dieser Umbau hat sieben oder acht Jahre gedauert. Ich kann nur sagen: Mit Ihrem Gesetz wären wir keinen Tag früher dran. Es liegt nicht immer am Geld. Es geht bei solchen Bauten um ganz komplexe Zusammenhänge.

Jetzt nehmen wir den Schritt kleiner: Wir haben eine große kulturelle Einrichtung, die Kunstsammlungen, das sogenannte Schaezlerpalais, in Augsburg. Dort hat eine private Stifterin einige Hunderttausend Euro für einen Aufzug zur Verfügung gestellt. Ich war in den ersten Runden dabei, damals noch nicht in meiner Funktion hier, sondern noch als Mitarbeiter der Sparkasse. Was meinen Sie, wie das losging? – Denkmalschutz, Hochbauamt. Das war nicht eine Frage der Ermöglichungsstruktur, sondern eine Frage der Diskussion, was wir alles an Vorschriften und an möglichen Schwierigkeiten haben. Das ist die Realität bei dem Thema Barrierefreiheit, jedenfalls was Bauen, Umbauen, Sanieren und Neubauen betrifft. Wir haben doch nicht das Problem von zu wenig Regelungen und zu wenig Personal!

Ich habe mir im Vorfeld dieser Debatte auf den Seiten, die damit zusammenhängen, angeschaut, was wirklich Fakt ist. Sie kommen über das Bayernportal, Frau Kollegin, wunderbar zu allen Themen, die mit "Inklusion und Barrierefreiheit" zu tun haben. Sie bekommen auf einen Blick 57 Leistungen, die im Zusammenhang mit Themen der Behinderung und der Einschränkung zur Verfügung stehen. Wenn Sie auf die Seite des Landesbehindertenbeauftragten gehen, ist keineswegs nur der Herr Kiesel zu erken-

nen, sondern ein Team, welches das Ganze begleitet. Das sollten Sie eigentlich wissen. Also, von wegen "Wischiwaschi", von wegen, wir tun nichts! – Das stimmt einfach nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ja, vieles ist mühsam. Aber das hat weniger mit Politik zu tun, sondern eher damit, dass wir in Deutschland halt mit sehr vielen Vorschriften, Bedenken und Einschränkungen auch im, ich sage jetzt einmal, unkonventionellen Umsetzen unterwegs sind. Das ist aber an anderer Stelle auch gewünscht und gefordert.

Auch das Geld ist ein Thema. Natürlich ist der Umbau zur Barrierefreiheit nicht billiger; aber es liegt oft nicht am Geld. Hier geht es um das Zusammenspiel vieler Dinge; dessen müssen wir uns bewusst sein. Vor allem müssen wir die Bevölkerung mitnehmen, die diese Dinge mitbezahlen muss. Sie müssen den Bauherrn immer wieder überzeugen. Sie müssen einen Sog erzeugen. Nur mit Druck und mit Verboten zu arbeiten ist immer falsch, auch bei diesem Thema.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin weit davon entfernt, hier das hohe Halleluja zu singen. Wir haben genügend Herausforderungen. Sie haben heute den Namen nicht genannt, obwohl ich die ganze Zeit darauf gewartet habe. Sie haben mit der Umschreibung "Ministerpräsident 2013" vermieden zu sagen: "Horst Seehofer hat damals". Meine Damen und Herren, seien wir doch dankbar, dass wir im Jahr 2013 dieses Ziel ausgegeben haben, selbst wenn wir heute noch nicht dort angekommen sind. Wir haben dieses Ziel an jedem Tag und in jedem Jahr als Auftrag auf der Agenda. Das ist für jeden, der mit Einschränkungen leben muss, ein Wert an sich.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Frau Kollegin Celina, wir kennen uns aus dem Ausschuss. Ich schätze sachliche Debatten durchaus, aber in dieser Debatte ist mir zu viel "Bonjour Tristesse". Ent-

schuldigung, zum Thema "Barrierefreiheit in Bayern" nur dunkle und schwarz gemalte Bilder zu hängen, ist daneben und wird der Sache nicht gerecht. Wir müssen den Menschen immer wieder sagen, dass es da und dort vorangeht. Sie haben versucht, dies über den Sidestep Bundespolitik zu tun. Heute funktioniert der Aufzug im Schaezlerpalais, in einem Jahr wird der Bahnhof Augsburg barrierefrei sein. Das sind konkrete Verbesserungen, die es überall in Bayern gibt, nicht nur bei uns. Das ist doch ganz logisch.

(Beifall bei der CSU)

Ja, das ist auch ein politisches Thema. Wir müssen versuchen, dieses Thema im politischen Diskurs voranzubringen, obwohl es noch andere wichtige Themen gibt. Sie können aber gewiss sein, die Sozialpolitiker der CSU-Fraktion haben ein hohes Beharrungsvermögen. Diese Koalition wird auch in Zukunft weiter an der Barrierefreiheit arbeiten. Wir werden jedenfalls dafür kandidieren, und wir werden diese Wahl auch wieder gewinnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Jäckel, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Es gibt noch eine Intervention von Frau Kollegin Kerstin Celina. Bitte, Frau Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): Herr Kollege Jäckel, die Sozialpolitiker in der CSU haben vielleicht ein hohes Beharrungsvermögen, aber leider keinen Einfluss.

(Tobias Reiß (CSU): So ein Quatsch!)

Die Regelungen für den Bau von Bahnhöfen haben Sie im Bund jahrzehntelang mitbestimmt. Diese Regelungen haben Sie zu verantworten, nicht wir. Unser Gesetzentwurf ist eine von vielen parlamentarischen Initiativen. Wir haben am Anfang Geld gefordert. Dieser Gesetzentwurf bezieht sich auf andere Punkte, zu denen Sie nichts gesagt haben: Monitoring, Vertretung des Behindertenbeauftragten und Schlichtungsstelle.

Natürlich hätte Geld etwas gebracht. Beispielsweise hätte der Rocket Club in Landshut sehr gerne einen Aufzug gebaut. Nichtstaatliche Kultureinrichtungen erhalten jedoch keinen Cent für einen solchen Ausbau. Das hat auch schon die ehemalige Behindertenbeauftragte Irmgard Badura gesagt, die den Staat beraten hat. Die Verfehlungen liegen somit ganz klar bei dieser Regierung. Sie hat ihr eigenes Ziel nicht umgesetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Andreas Jäckel (CSU): Meine Damen und Herren, wäre es so einfach, dass jede Landesregierung an jeder Stelle sofort alles erfüllen könnte, dann müsste in Berlin geradezu das Paradies ausgebrochen sein. Ich kann das nicht erkennen, wenn ich dort zu Besuch bin. Natürlich können Sie sagen, dass es da und dort hakt. Sie können aber nicht das ganze Land umbauen. Sie sagen, der Aufzug im Bahnhof Augsburg wäre unsere Verantwortung. Mit dem barrierefreien Umbau des Bahnhofs Augsburg wurde in den 2010er-Jahren begonnen; damals gab es eine völlig andere Koalition. Das ist doch überhaupt nicht das Thema.

Wir müssen auf allen Feldern arbeiten, auf den privaten, auf den öffentlichen, aber auch dort, wo private Bauherren etwas ermöglichen können. Sie werden nicht mehr schaffen, wenn Sie alles niederreden. Über den Einfluss der Sozialpolitiker in der CSU-Fraktion machen Sie sich mal keine Sorgen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat Herr Abgeordneter Ulrich Singer von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Kollegen! Das Hohe Haus hat sich mit dem Gesetzentwurf der GRÜNEN bereits in Erster Lesung auseinandergesetzt. An der ablehnenden Haltung der AfD hat sich nichts geändert. Wir haben

diese schon ausführlich begründet. Es ist aber sehr gut, dass die GRÜNEN dieses Thema auf die Tagesordnung gebracht haben. Die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und die Barrierefreiheit sind Themen, die der AfD echte Herzensanliegen sind. Darum möchte ich gerne auf ein paar Punkte eingehen.

Herr Kollege Jäckel, inzwischen dürfte es auch für die CSU offensichtlich sein, dass das großspurig angekündigte Ziel, Bayern bis 2023 barrierefrei zu gestalten, kläglich gescheitert ist. Dieses Ziel wurde nahezu vollständig verfehlt. Das müssen Sie auch einräumen. Unstreitig dürfte auch sein, dass die Staatsregierung die digitale Barrierefreiheit in den letzten Jahren überhaupt nicht mitgedacht und grob vernachlässigt hat. Im Grunde haben Sie sich im Jahr 2013 darauf ausgeruht, dieses Ziel auszurufen, dass Bayern bis zum Jahr 2023 barrierefrei sein soll. Sie haben offenbar gedacht, das würde von selber passieren. Die notwendigen Mittel wurden nicht bereitgestellt, und dieses Ziel wurde auch nicht mit dem notwendigen Ehrgeiz verfolgt. Dementsprechend haben wir jetzt die Situation, dass in vielen Bereichen gehandelt werden muss.

Die zunehmende Digitalisierung schafft neue Möglichkeiten, Barrieren abzubauen. Diese Möglichkeiten sollten genutzt statt übersehen werden. Bisher haben Sie die neuen Medien und die Digitalisierung nicht als Chance begriffen, Barrieren abzuflachen. Auch bei der baulichen Barrierefreiheit ist noch viel zu tun. Wichtig wäre es auch, dass sich die Behörden klarer und verständlicher ausdrücken. Wir leben in einer immer komplexeren Welt mit immer komplexeren Sachverhalten. Dementsprechend sind umfangreiche und auch schwierige Verträge erforderlich, um den verschiedenen Aspekten des Lebens gerecht zu werden.

Nicht immer ist es möglich, alles in der Leichten und in einer verständlichen Sprache auszudrücken. Könnte alles leicht und verständlich geregelt werden, bräuchten wir die Berufsstände der Juristen und der Notare nicht mehr. Es gäbe dann auch keine Streitigkeiten mehr vor unseren Gerichten. Möglich wäre es jedoch, die Verträge, Gesetze und Bescheide für Menschen, die das komplexe Juristendeutsch nicht verstehen,

durch Erläuterungen in Leichter Sprache verständlicher und besser nachvollziehbar zu machen. Daran müssen wir arbeiten.

Liebe GRÜNE, dazu braucht es aber keine zusätzliche Bürokratie. Wir brauchen auch keine Verschärfung der geltenden gesetzlichen Regelungen, insbesondere nicht durch den unausgereiften Gesetzentwurf, den Sie hier vorgelegt haben. Im Übrigen wäre dieser Gesetzentwurf wieder mit Kosten verbunden. Wir sprechen hier über etwa 1,6 Millionen Euro, die Sie selbst dafür veranschlagen. Ich sage Ihnen: Dieses Geld sollten wir besser unmittelbar in die Umsetzung der Barrierefreiheit investieren, statt weitere Strukturen zu schaffen. Die Schlichtungsstelle allein würde schon etwa 360.000 Euro pro Jahr kosten.

Wir sind der Meinung, aktuell brauchen wir keine zusätzlichen Beratungs- oder Kontrollstellen. Dieses Geld sollten wir unmittelbar in die Verbesserung unserer Strukturen, unserer Bahnhöfe oder des öffentlichen Raums investieren. Nehmen wir dieses Geld in die Hand, um Barrierefreiheit dort zu schaffen, wo sie fehlt. Wir wissen ja, woran es mangelt und wo wir investieren sollten. Letztlich geht es darum, dass die Hilfe bei den Betroffenen ankommt, die im Alltag mit Barrieren zu kämpfen haben.

Geschätzte Kollegen, deswegen werden wir dem Gesetzentwurf nicht zustimmen und ihn ablehnen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Susann Enders von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben uns bereits im vergangenen Jahr mehrfach mit diesem Thema beschäftigt und immer wieder unsere Argumente ausgetauscht. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Das Bayerische E-Government-Gesetz wurde zum 1. August 2022 durch das Bayerische Digitalgesetz ersetzt. In diesem neuen Gesetz sind bereits verschiedenste Anpassungen inkludiert. Bayern barrierefrei zu gestalten ist und bleibt das Ziel der Bayerischen Staatsregierung. Die Menschen sollen gleichermaßen beteiligt werden, das gilt sowohl im Hinblick auf physische Hürden als auch bei Problemen mit der Behördensprache und bei der Interaktion.

Meine Damen und Herren, zum wiederholten Mal ein Blick auf den Antrag und die einzelnen Punkte: Die Formulierung im Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetz "in Wechselwirkung mit von außen wirkenden Barrieren" wurde erst im Zuge der Novellierung des Gesetzes im Juli 2020 ausdrücklich zur Anpassung vorgenommen.

Zur Forderung nach Umwandlung der Soll-Vorschrift in verbindliche Vorgaben: Die bestehende Soll-Vorschrift ist eine verbindliche Regelung und somit mehr als eine bloße Empfehlung. Für eine Behörde ist damit eine strikte Bindung die Regel. Abweichungen sind nur in atypischen Fällen gestattet.

Das Thema Leichte Sprache ist ein wichtiger Punkt. Dennoch hat sich Bayern in einer bewussten Entscheidung dazu entschlossen, sich nicht allein auf den Standard der Leichten Sprache festzulegen. Es existieren weitere etablierte Standards, zum Beispiel die Regeln von Capito Graz oder der Forschungsstelle Leichte Sprache der Universität Hildesheim. Damit gibt es bereits bestehende Angebote in besonders leicht verständlicher Sprache. Sobald es eine DIN-Norm für Leichte Sprache gibt, die durch den Bund festgelegt wird, können wir zudem erneut überprüfen, ob diese dann auch als Standard in Bayern übernommen wird. Auch der Bund hatte die Regelung zur Leichten Sprache stufenweise eingeführt.

Zur Bedarfs- und Verhältnismäßigkeitsprüfung: Eine Verhältnismäßigkeitsprüfung ist sinnvoll, da in diesem Rahmen auch die Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln einbezogen werden kann.

Zur Forderung zur Einrichtung einer Landesfachstelle für Barrierefreiheit: Diese Beratungsstelle Barrierefreiheit wird in Bayern sowohl inhaltlich als auch personell stetig ausgebaut. Hier verfolgt die Staatsregierung einen anderen Weg. Auch berichtet die Bayerische Staatsregierung dem Landtag bereits jetzt einmal jährlich über die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Noch ein Blick auf unsere kommunalen Behindertenbeauftragten: Diese stehen bereits jetzt allen Ressorts als Ansprechpartner und Schlichter in Streitfällen zur Verfügung. Sie sind unabhängig und ressortübergreifend in Streitfällen tätig, sind Anlaufstelle zur Verwirklichung der Rechte aus dem Behindertengleichstellungsgesetz auf kommunaler Ebene und für jeden Bürger erreichbar. Ich weiß dies besonders gut, weil ich die Behindertenbeauftragte der Stadt Weilheim bin.

Ich fasse zusammen: Unsere bisherigen Regelungen sind eindeutig pro Barrierefreiheit. So ist die bisherige Ausgestaltung des Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetzes und des Bayerischen E-Government-Gesetzes sowie des neuen Digitalgesetzes bezüglich der Erfüllung der Barrierefreiheit zweckdienlich; zwar wahrscheinlich noch nicht hundert- oder tausendprozentig so, wie wir es für uns und für Menschen mit Behinderung gerne hätten, aber der Weg ist das Ziel. Wir sind auch hier in Bayern deutlich dabei. Öffentliche Stellen sind angewiesen, Barrierefreiheit herzustellen. Der Anspruch, auch im Bereich der IT-Anwendungen barrierefrei zu werden, wird dadurch verwirklicht, dass der Ausnahmetatbestand sehr restriktiv angewandt wird, weshalb der Anteil der barrierefreien IT-Angebote auch beständig steigt. Im neuen Bayerischen Digitalgesetz findet sich die Regelung, dass die Verfahren zur digitalen Vorgangsbearbeitung und Aktenführung schrittweise technisch so zu gestalten sind, dass sie auch von Menschen mit Behinderung grundsätzlich uneingeschränkt genutzt werden können.

Ich bitte um Ablehnung des Gesetzentwurfs, auch wenn ich es gerne gesehen hätte, wenn Bayern jetzt im Jahr 2023 bereits barrierefrei wäre. Seien wir doch einmal ehrlich: Wir wussten damals schon, dass das nie zu schaffen ist!

(Matthias Fischbach (FDP): Deswegen haben Sie es ganz aufgegeben!)

Es war ein guter Anstoß, um dieses Thema erst einmal wieder gesellschaftsfähig zu machen.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Wir haben angefangen, dieses Thema tatsächlich – –.

Seien Sie still und hören Sie zu, wenn ich rede! Das ist eine Frage des Respektes.

Die Bayerische Staatsregierung hat noch nie in den vergangenen Jahrzehnten so viel für Barrierefreiheit getan, auch wenn wir noch lange nicht dort sind, wo wir hinkommen wollen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Abgeordnete, bitte denken Sie an Ihre Redezeit!

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Wir haben noch nie so viel getan wie in den letzten Jahren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt noch zwei Zwischenbemerkungen. – Die erste kommt von Frau Kollegin Kerstin Celina von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Kerstin Celina (GRÜNE): Liebe Kollegin, ich finde Ihre Aussage spannend, man habe damals schon gewusst, dass das Ziel nicht erreicht wird. Mit dem Wohnraum ist es genauso. Inzwischen weiß man, dass die 10.000 Wohnungen nicht erreicht werden. Übrigens wäre es auch für Menschen mit Behinderung extrem wichtig, barrierefreie Wohnungen zu sozialverträglichen Preisen zu erhalten.

Die Frage der Vertretung des Behindertenbeauftragten haben jetzt weder Sie noch Ihr Kollege von der CSU auch nur annähernd beantwortet. Es wäre so simpel und trivial, an der höchsten Stelle in Bayern, welche die Bayerische Staatsregierung zum Thema

Barrierefreiheit beraten soll, wenigstens einen Vertreter anzusiedeln. Dazu haben Sie nichts gesagt. Ich finde, das lässt sehr tief blicken, was den Stellenwert dieses Themas betrifft.

Nächster Punkt: Die Menschen leben in ihrer Region. Sie gehen in ihre Kultureinrichtungen. Wenn ich Barrierefreiheit auf staatliche Museen und Ministeriumsbauten begrenze, hilft das nichts! Die Menschen sind vor Ort unterwegs. Hier hat das Geld gefehlt, und hier haben die verbindlichen und klaren Regelungen gefehlt. Stattdessen ist man zehn Jahre lang durch das Land gereist, um Dankesplaketten an Menschen zu verteilen, –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Kerstin Celina (GRÜNE): – die ohnehin etwas getan haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Enders, bitte.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Frau Celina, Sie suggerieren damit ein bisschen, dass, wenn der aktuelle Behindertenbeauftragte Herr Kiesel einmal krank oder einmal im Urlaub sein sollte, in der Bayerischen Staatsregierung sozusagen alles zusammenbricht, weil sie keinen Ansprechpartner hat.

(Zuruf der Abgeordneten Kerstin Celina (GRÜNE))

Dem ist nicht so, dem war noch nie so, und dem wird auch nicht so sein! Ich sage Ihnen eines: Sie fordern, dass jetzt sofort alles barrierefrei und – ich treibe es noch auf die Spitze – rollstuhlgerecht ist.

(Kerstin Celina (GRÜNE): Nein!)

Das wäre auch in meinem Sinne. Vielleicht sollten wir einmal die Parteispenden der GRÜNEN dafür verwenden, noch mehr für Barrierefreiheit zu tun. Hier wäre das Geld gut angelegt!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt eine zweite Zwischenbemerkung des Abgeordneten Ulrich Singer. Herr Singer, bitte schön.

Ulrich Singer (AfD): Frau Kollegin Enders, ich verstehe, dass Sie in der schwierigen Situation sind und es Ihnen schwerfällt, Ihren Koalitionspartner hier direkt zu kritisieren, und dass Sie versuchen, das, was stattgefunden hat, irgendwie zu rechtfertigen. Aber es ist doch eine Tatsache: Das Ziel, Bayern bis 2023 barrierefrei zu machen, wurde quasi zu hundert Prozent verfehlt, und wenn es nicht hundert Prozent sind, dann zu neunzig Prozent. Das ist eine komplette Themaverfehlung! Wenn Sie jetzt sagen, dass das Ziel von Anfang an nicht erreichbar gewesen sei, und darstellen, dass es im Wesentlichen darum ging, das Thema wieder gesellschaftsfähig zu machen, dann hätte ich dazu gerne noch weitere Ausführungen von Ihnen. In welcher Form soll das Thema Barrierefreiheit nach Ihrer Auffassung vor zehn Jahren nicht "gesellschaftsfähig" gewesen sein? Meines Erachtens war es das, und man hätte es einfach umsetzen und an dem Ziel arbeiten müssen, anstatt es gesellschaftsfähig zu machen, wie Sie sagen.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Herr Singer, Sie versuchen wie immer, mir das Wort im Mund umzudrehen. Sie wissen genau, dass das Thema Barrierefreiheit vor zehn oder fünfzehn Jahren noch kaum in der Gesellschaft und der Öffentlichkeit angekommen war. Das haben wir erreicht.

(Ulrich Singer (AfD): Das habe ich nicht gesagt!)

Seien Sie still! Ich sage es nochmals: Das ist eine Frage des Respektes. Ich lasse Sie auch ausreden, obwohl es mir manchmal schwerfällt.

Gesellschaftsfähig bedeutet, dass ein Thema in der Öffentlichkeit angekommen ist und öffentlich etwas unternommen wird. – Was war das Zweite, was Sie noch wissen wollten? Das habe ich jetzt vergessen.

(Zuruf)

Ach ja, genau, dass man damals schon wusste, dass das Ziel nicht erreichbar ist. Gehen Sie zu Herrn Seehofer! Fragen Sie ihn konkret, warum er sich damals so geäußert hat, ob er es damals schon wusste oder nicht und ob er dieses Thema damals einfach nur voranbringen wollte.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

Erreicht hat er das Ziel mit seiner Aussage nicht. – Auch Sie erreichen nichts mit Zwischenrufen, wenn ich versuche, Ihnen etwas zu erklären. Hören Sie zu, dann werden Sie etwas lernen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat nun Frau Kollegin Doris Rauscher von der SPD-Fraktion.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Ministerin! Frau Kollegin Enders, eine Rede nach dem Motto "Schön, dass wir einmal wieder darüber gesprochen haben" reicht am Ende des Tages nicht aus. So viel zu Ihrem maximal unkonkreten Beitrag.

Ich möchte mit einem Zitat des Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung, Herrn Holger Kiesel, aus seinem Tätigkeitsbericht Mitte Januar beginnen. Er sagte:

Hier müssen noch viele Brücken gebaut und auch noch viele Informationen verbreitet werden, bis wir von einem wirklich barrierefreien Bayern sprechen dürfen.

Es ist also nicht alles wirklich rosig hier bei uns in Bayern, und es ist auch nicht alles so rosig, wie CSU und FREIE WÄHLER es uns auch heute, zumindest in Teilen, weiszumachen versuchen. Im Gegenteil, es bleiben noch viel zu viele Dinge zu tun nach all diesen vielen Jahren, in denen wir uns schon über das Thema "Barrierefreiheit in Bayern" unterhalten haben.

Barrierefreiheit bezieht sich nicht nur auf bauliche Barrieren. Barrierefreiheit muss es in allen Lebensbereichen für Betroffene geben und auch für die, die in diesen Bereichen arbeiten möchten.

(Beifall bei der SPD)

Das erkennt auch durchaus die Sozialministerin an, wenn sie einräumt, dass das Ziel "Bayern barrierefrei 2023" zu ehrgeizig war – wir haben das auch von der Kollegin Enders eben gehört – und dass es letztendlich gar nicht leistbar war, das umzusetzen. Aber so viel zu den Versprechungen der Bayerischen Staatsregierung!

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern haben wir auch keine Weiterentwicklung bei der Beratung zur Barrierefreiheit über die baulichen Maßnahmen hinaus. Wir haben keine Unabhängigkeit der Landesbeauftragten und keine Monitoringstelle für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und der Barrierefreiheit in Bayern, anders als andere Bundesländer.

Daraus den Schluss zu ziehen, wir würden in Bayern schon genug machen und mehr brauche es nicht, das finde ich schon fast mutig. Der Behindertenbeauftragte Kiesel berichtet, dass ihn nach wie vor viele Anfragen und Beschwerden zu Barrieren im Alltag erreichen. Da frage ich mich schon: Warum sind Sie nicht mal wirklich mutig und bringen gemeinsam mit der Opposition gute, sinnvolle und wichtige Schritte für die Verbesserung der Umsetzung auf den Weg?

Wir sind uns doch alle einig: Echte Teilhabe darf kein schönes Wort oder eine leere Worthülse bleiben, sondern muss tatsächlich im Alltag aller Menschen umsetzbar sein.

Barrierefreiheit betrifft auch nicht nur Menschen im Rollstuhl oder sehbehinderte Menschen. Da sind wir uns im Grunde ja auch einig. Von Barrierefreiheit würden sehr viele profitieren, von Familien bis hin zu Zugewanderten oder Geflüchteten.

Wir als SPD-Fraktion wollen in Bayern echte Inklusion statt Exklusion. Das darf auch keine Frage des Geldes sein, wie Kollegin Enders es in der Ersten Lesung betont hatte. Wir reden hier ja nicht von Wohltaten für Menschen mit Behinderung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern von Rechten, die den Menschen schlichtweg zustehen.

(Beifall bei der SPD)

Ganz nebenbei: Wer Millionen für die Raumfahrt ausgeben kann, der muss auch Millionen für die Barrierefreiheit auf Erden ausgeben können.

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD-Fraktion unterstützen die Forderungen des vorliegenden Gesetzentwurfs der GRÜNEN so wie schon in der Fachberatung des Sozialausschusses.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun die Kollegin Julika Sandt von der FDP-Fraktion.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Menschlichkeit und Würde sollten ein Auftrag für uns alle als gewählte Abgeordnete sein. Sie dürfen niemals leere Floskeln sein, sondern wir müssen Menschlichkeit und Würde mit Leben erfüllen, gerade wenn es um Menschen mit Einschränkungen geht, gerade wenn es darum geht, dass sie eben keine weiteren Barrieren haben dürfen und wir Barrieren einreißen müssen.

Für mich als Liberale gilt noch ein anderer Grundsatz, der in unserem Leitbild verankert ist. Dieser lautet: Selbstbestimmt in allen Lebenslagen. Selbstbestimmung bedeu-

tet, dass ich selber mobil bin und barrierefrei von A nach B kommen kann, wenn es irgendwie geht. Selbstbestimmung bedeutet, dass ich als Mensch mit einer starken Sehbehinderung einen Geldautomaten bedienen kann und als Gehörlöser zum Beispiel auch politisch aktiv sein kann. Dafür setze ich mich und setzen wir uns als Liberale mit voller Tatkraft ein.

Und was machen CSU und FREIE WÄHLER? – Sie haben groß verkündet: "Bayern barrierefrei 2023" – ein vollmundiges Versprechen. Aber wie viele Bahnhöfe sind denn komplett barrierefrei, liebe Kollegen von CSU und FREIEN WÄHLERN? – Weniger als die Hälfte! Das ist wirklich eine Schande. Jeder Bürger, der schon einmal einen Angehörigen, der schwer erkrankt ist oder eine Behinderung hat, von A nach B transportieren, zum Arzt bringen musste, weiß das. Die Betroffenen sind ständig auf Assistenz und Hilfe angewiesen. Das kann doch so nicht weitergehen!

(Beifall bei der FDP)

Ich finde es auch ein Unding, dass die Stelle, die die Barrierefreiheit in Bayern überwachen soll, mit drei Personen besetzt ist. Drei Personen – das entspricht einer Bobmannschaft für die Gestaltung der Barrierefreiheit tausender Apps und Websites. Das sind Ihnen die Menschen mit Behinderung wert? Mehr nicht?

Selbstbestimmung sieht anders aus, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir fordern Reformen. Die haben wir in unseren FDP-Anträgen gefordert, und ich bin froh, dass sie heute mit dem Gesetzentwurf aufgegriffen werden. Leichte Sprache in Behörden muss verpflichtend sein. Die Beratungsstelle für Barrierefreiheit muss gestärkt und vor allem auch für die digitale Barrierefreiheit besser ausgestattet werden. Der Landesbehindertenbeirat muss reformiert werden, damit sich die Betroffenen auch wirklich vertreten fühlen. Die Unabhängigkeit des Behindertenbeauftragten wollen wir dringend stärken, und wir müssen Definitionen anpassen, damit sie dem internationalen Standard der UN-Behindertenrechtskonvention entsprechen.

Wir haben einen Berichtsantrag zum Monitoring und zur Überwachung eingebracht. Dem haben Sie wenigstens zugestimmt. Das ist schon einmal ein winziger Trippelschritt. Ich bin froh, dass Sie sich als Staatsregierung jetzt wirklich mit dem Thema "Barrierefreiheit in Bayern" tiefer auseinandersetzen müssen. Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz haben es doch vorgemacht. Da hat die FDP gezeigt, wie ein Behindertengleichstellungsgesetz aussieht, das wirklich Barrierefreiheit ermöglicht und stärkt.

Der vorliegende Gesetzentwurf greift den tatsächlichen Reformbedarf auf, den wir als FDP, wie gesagt, in vielen Anträgen schon formuliert haben. Deswegen stimmen wir zu und appellieren natürlich an Sie, dem auch zuzustimmen; denn hinter dem trockenen Wort Barrierefreiheit steckt Menschlichkeit. Hinter dem trockenen Wort und dem etwas abstrakten Begriff Teilhabe steckt ein selbstbestimmtes Leben. Deshalb lassen Sie uns Barrieren niederreißen! Stimmen Sie dem Gesetzentwurf zu!

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie empfiehlt den Gesetzentwurf zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/23524 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD, die FDP und der Abgeordnete Busch (fraktionslos). Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD und die fraktionslosen Abgeordneten Klingen und Bayerbach. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Entwurf abgelehnt.